

## Soziale Demokratie im 21. Jh.

### Auszüge aus dem Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

Auszug aus Kapitel 4.5. Neue Wertschöpfung und gute Arbeit:

#### Politik für Vollbeschäftigung

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Unter den Bedingungen im 21. Jahrhundert bedeutet Vollbeschäftigung nicht mehr die unausgesprochene Garantie, dass jeder ein Leben lang in derselben Firma einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen. Phasen der Kindererziehung oder der Pflege von älteren Angehörigen erfordern häufig berufliche Einschränkungen oder sogar Auszeiten vom Berufsleben. Selbstständige Erwerbsformen werden weiter zunehmen.

In diesem Verständnis geben wir das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit nicht auf. Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Unsere Zukunft liegt in innovativen, hochwertigen Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich. Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Gerade auch angesichts der demografischen Entwicklung wollen wir unsere Potenziale nutzen. Die Erwerbsquoten von Älteren und Geringqualifizierten müssen deutlich angehoben werden. Jede Arbeit, auch einfachere Dienstleistungstätigkeit verdient Respekt und Anerkennung und muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten.

Eine Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: erstens ein möglichst hohes Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen Produkten und besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich, die zu einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führen. Zweitens unterstützt der Vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik die Menschen dabei, Übergänge und Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig. Viertens ist eine moderne Arbeitszeitpolitik nötig, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen wollen wir deutlich anheben. Junge Männer und Frauen brauchen die gleichen Möglichkeiten, durch eine breite Berufs- und Studienwahl die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe zu überwinden. Erforderlich sind verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

Auszug aus Kapitel 4.6. Der Vorsorgende Sozialstaat:

#### Gute Arbeit: Flexibilität braucht Sicherheit

Die Arbeitswelt wandelt sich. Flexibilität, Mobilität und soziale Risiken haben enorm an Bedeutung gewonnen. Trotzdem: Soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz müssen auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Flexibilität braucht Sicherheit. Flexibilität darf nicht zu prekären Arbeitsverhältnissen führen. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden – das gilt besonders für die Arbeit von Frauen. In Würde zu arbeiten bedeutet: faire und gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz und effektiver Schutz vor Diskriminierung und sexueller Belästigung. Die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag bleiben für uns die grundlegenden Mechanismen für die Aushandlung und Gestaltung der Ar-

beitsbeziehungen. Der Kündigungsschutz bewahrt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Willkür.

Wir wollen die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs verbessern, die Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft erhöhen und die Leistungsbereitschaft der Menschen unterstützen. Leistungsbereitschaft muss stärker gefördert werden und sich auch auszahlen.

Eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, aber auch von Älteren trägt dazu bei, Ausgrenzung zu verhindern und berufliche Integration zu erleichtern. Dadurch verbessern sich die Teilhabemöglichkeiten der Menschen und die Einnahmehasis von Steuern und Sozialversicherungen. Steigender Wohlstand aufgrund eines Anstiegs der Produktivität und des Bruttoinlandsproduktes leistet einen Beitrag zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme.

Frauen und Männer müssen gleichberechtigt und partnerschaftlich sowohl an der Erwerbsarbeit, am beruflichen Aufstieg als auch an anderen Formen von Arbeit wie Familienarbeit oder gesellschaftlich nützlicher Arbeit teilhaben können.

Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitgestaltung haben für uns einen hohen Stellenwert. Sie haben gesellschaftliche Bedeutung, denn sie beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Die Arbeitszeitpolitik der Zukunft muss den berechtigten Interessen der Unternehmen an der Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gerecht werden. In gleicher Weise muss die künftige Arbeitszeitpolitik den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechen. Ein wichtiges Instrument, um die Ansprüche von Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Einklang zu bringen, sind Arbeitszeitkonten. Sie bedürfen aber eines ausreichenden Insolvenzschutzes und der rechtsverbindlichen Möglichkeit der Mitnahme beim Arbeitsplatzwechsel.

Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend angepasst werden kann. Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen eine humane Ausgestaltung der Arbeitszeiten und der Arbeitsbedingungen, um vor der Überforderung infolge langer Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung zu schützen. Wir wollen Arbeitszeitmodelle fördern, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen.

Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern. Dazu müssen die Übergänge zwischen den Lebensphasen besser abgesichert werden. Zugleich ist es von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die individuelle Arbeitsfähigkeit und Qualifikation zu erhalten und weiter zu entwickeln. Deshalb wollen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung fördert. Ein wesentliches Instrument dieser aktivierenden Politik ist es, die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung auszubauen, um dadurch eine neue Kultur der Weiterbildung zu etablieren. Mit der Einführung einer Beschäftigungsversicherung wollen wir den Schwerpunkt auf den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und der stetigen Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen. Dazu gehören ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Qualifizierungsangebote miteinander zu verzahnen und die Einrichtung von zentralen Lernzeitkonten.

Eine zentrale soziale Frage ist die Integration von Menschen ohne Berufsabschluss in den Arbeitsmarkt. Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, ist die Existenz eines gemeinwohlorientierten und öffentlich geförderten Arbeitsmarktes wichtig, der sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbietet.

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann Beschäftigungspolitik nicht ersetzen. Ohne höheres Wachstum wird es uns auf Dauer nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Sozialdemokratische Politik für Wachstum und Beschäftigung muss alle Maßnahmen der Wirtschafts- – Struktur-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne koordinieren.



Auszüge aus Kapitel 4.7. Bildung in der lernenden Gesellschaft:

### **Die berufliche Ausbildung modernisieren**

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die Berufsausübung und für das lebenslange berufliche Lernen. Sie muss deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für neue Betriebe. Lernschwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen.

Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten. Der Schritt von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung fällt Jugendlichen viel leichter, wenn sie sich schon in den Schulen realistisch auf den Beruf hin orientieren. Mädchen und Frauen sollen selbst entscheiden, was sie werden. Überkommene Rollenmuster müssen aufgebrochen werden. Wir wollen erreichen, dass Frauen bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt werden. Wir müssen auch Jungen aus ihrer alten Rollenfixierung herausführen, damit sie die allgemein bildenden Schulen besser bewältigen können.

### **Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft**

Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung zur vierten Säule im Bildungssystem ausbauen und den Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen. Auch diese vierte Säule steht in der öffentlichen Verantwortung. Damit die Menschen sich engagiert fortbilden, wollen wir sie durch Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung unterstützen. Dabei müssen die besonderen Belange von Müttern und Vätern berücksichtigt werden. Wir brauchen dafür gemeinsame Lösungen der Politik, der Tarifpartner und der Betriebe. Wir werden die bestehende Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickeln und damit einen Beitrag zur Finanzierung von Weiterbildung leisten. In den Hochschulen wollen wir die berufliche Weiterbildung als eigene Aufgabe entwickeln. Damit die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen bei niemandem an finanziellen Hürden scheitert, benötigen wir eine Neuordnung und Weiterentwicklung staatlicher Weiterbildungsförderung.

Die Teilhabe an lebenslangem Lernen sichert nicht allein die Beschäftigungsfähigkeit, sondern ist Kernelement einer erfüllten persönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung. Neben der beruflichen kommt deshalb der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung eine wichtige Bedeutung zu. Volkshochschulen müssen dabei wieder eine wichtigere Rolle spielen.

Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Wir wollen ihre Beteiligung an Weiterbildung erhöhen. Das sichert die Innovationskraft in einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir wollen, dass Lernen und Bildung in der dritten Lebensphase die Beziehungen zwischen den Generationen bereichert.

Nach: Soziale Demokratie im 21. Jh. - „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bremen, Januar 2007

*Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:*

[http://www.spd.de/show/1700700/070107\\_bremer\\_entwurf\\_.pdf](http://www.spd.de/show/1700700/070107_bremer_entwurf_.pdf)

*Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.*

